

## Vertragsbegleitende Geheimhaltungsvereinbarung

---

# Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsvereinbarung

Zwischen

**VBL.** Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder  
Hans-Thoma-Straße 19  
76133 Karlsruhe

- nachfolgend „**VBL**“ genannt -

und

- nachfolgend „**Gesellschaft**“ genannt -

- beide nachfolgend gemeinsam „**Parteien**“ -

Die Gesellschaft gibt der VBL gegenüber die folgende Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsverpflichtung ab:

### 1 Gegenstand der Vereinbarung.

(1) Die Gesellschaft führt für die VBL folgende Arbeiten durch:

- Unterstützung und Beratung in allen Fragen des Gesundheitsschutzes und der Unfallverhütung
- Prüfung und Beobachtung der Betriebsverhältnisse
- Untersuchungen und Beratungen der Beschäftigten
- Durchführung spezieller arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen, soweit diese nach besonderen Rechtsvorschriften (z. B. Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge – Arb-MedVV) angeboten oder veranlasst werden müssen

(2) Zu diesem Zweck gewährt die VBL der Gesellschaft im Rahmen ihrer Tätigkeit Zugriff auf / Einblick in:

Der Betriebsarzt wird Zugriff bzw. Einblicke in die Betriebs- und Arbeitsabläufe innerhalb der VBL erlangen. Außerdem wird er aufgrund der Teilnahme an Betriebsbegehungen und den vierteljährlichen Arbeitsschutzausschusssitzungen mit der Betriebsanlage sowie Betriebsinterna vertraut werden. Zur Beratung zum Arbeitsschutz- und zur Unfallverhütung werden die Arbeitsmittel und -verfahren der VBL offengelegt.

Es werden also vertrauliche Informationen seitens des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer offengelegt und übermittelt.

(3) Sämtliche Rechte an den überlassenen Informationen und Dokumenten verbleiben bei der VBL.

### 2 Vertrauliche Informationen.

(1) Vertrauliche Informationen sind alle Informationen mündlicher, schriftlicher oder elektronischer Art, die die Gesellschaft anlässlich der Zusammenarbeit unabhängig von der Art ihrer Offenlegung

## Vertragsbegleitende Geheimhaltungsvereinbarung

---

oder Übermittlung erhält und zur Kenntnis nimmt, unabhängig davon, ob diese Informationen als vertraulich gekennzeichnet wurden.

- (2) Als vertrauliche Informationen sind insbesondere System- und sonstige Informationen über die bei der VBL eingesetzten Informationstechnologien, aber auch alle sonstigen Beschreibungen, Skizzen, Pläne, Tabellen, Informationen über Betriebs- und Vertriebsorganisation, Betriebsgeheimnisse, Kalkulationsgrundlagen sowie alle Informationen und Daten anzusehen, die die VBL, ihre VersicherungsnehmerInnen, Leistungsbezugsberechtigten, die Arbeitgeber, sonstige Anspruchsberechtigte, Beschäftigten, Vertragspartner und sonstige Personen betreffen.

### 3 Vertraulichkeits- und Geheimhaltungspflichten.

- (1) Die Gesellschaft ist verpflichtet, sämtliche ihr anlässlich der Zusammenarbeit in Bezug auf die VBL offengelegten oder auf sonstige Weise zur Kenntnis gelangten Informationen im Sinne vorstehender Ziffer 2 streng vertraulich zu behandeln.
- (2) Sie wird diese Dritten weder mündlich noch schriftlich oder auf andere Weise direkt oder indirekt offenbaren, es sei denn, zwischen den Parteien wird ausdrücklich schriftlich etwas Abweichendes vereinbart. Vertrauliche Informationen dürfen weder an öffentlichen Orten noch in Privaträumen für Dritte sichtbar und zugänglich sein; sie sind vor dem Zugriff Dritter zu schützen. Als Dritte in diesem Sinne gelten nicht Beschäftigte, Organe, Subunternehmer oder Dienstleister der empfangenden Partei.
- (3) Die Gesellschaft darf vertrauliche Informationen ausschließlich zu den vorgenannten Zwecken verwenden. Die Gesellschaft unterlässt es, die vertraulichen Informationen außerhalb des Zwecks dieser Vereinbarung in irgendeiner Weise zu analysieren, zu decodieren oder in sonstiger Weise rückzubauen, welche Rückschlüsse auf die Entwicklung, Herstellung, Codierung, Formulierung oder sonstige Zusammensetzung von vertraulicher Information zulässt (insbesondere im Wege des sog. „Reverse Engineering“). Sie unterlässt es weiterhin, die vertraulichen Informationen selbst wirtschaftlich zu verwerten oder nachzuahmen oder durch Dritte verwerten oder nachahmen zu lassen und insbesondere gewerbliche Schutzrechte in Bezug auf vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei oder daraus abgeleitete Erkenntnisse anzumelden.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, die erhaltenen Informationen ihren Beschäftigten, Angestellten, Organen und Beratern zugänglich zu machen, soweit dies nach dem Vertragszweck dieser Vereinbarung erforderlich ist. In diesem Fall verpflichtet sich die Gesellschaft die vorgenannten Personen, sofern sie nicht zur beruflichen Verschwiegenheit verpflichtet sind, entsprechend dieser Vereinbarung seinerseits zur Verschwiegenheit und insbesondere zur Herausgabe bzw. Vernichtung der erhaltenen Informationen zu verpflichten. Die Gesellschaft hat der VBL nachzuweisen, dass diese Verpflichtung vor der Übermittlung der Daten erfolgt ist. Die Gesellschaft steht für die Verletzungen der Pflichten nach dieser Vereinbarung durch die vorgenannten Personen ein.
- (5) Die Gesellschaft darf Unterauftragnehmer erst nach ausdrücklicher vorheriger, schriftlicher Genehmigung durch die VBL im Rahmen der Erfüllung der beauftragten Tätigkeit einsetzen. Die sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Verpflichtungen sind diesen ebenfalls aufzuerlegen.
- (6) Die Gesellschaft ist verpflichtet, die VBL unverzüglich über jeden ihr bekanntwerdenden Verstoß oder Verdacht eines Verstoßes gegen die Verpflichtungen dieser Vereinbarung zu informieren.
- (7) Die Vertraulichkeitspflichten gelten nicht bzw. nicht mehr für solche Informationen, für welche die Gesellschaft nachweisen kann, dass
- sie ihr oder der Öffentlichkeit vor Zurverfügungstellung durch die VBL bereits bekannt oder zugänglich waren,
  - sie diese nach der Offenlegung durch die VBL rechtmäßig von einem Dritten ohne Verletzung einer Vertraulichkeitspflicht erlangt hat,

## Vertragsbegleitende Geheimhaltungsvereinbarung

---

- die Information zum Zeitpunkt der Offenlegung durch die VBL bereits allgemein bekannt war,
- sie zur Weitergabe der Information ausdrücklich schriftlich durch die VBL ermächtigt wurde oder
- sie aufgrund einer Rechtsvorschrift, behördlicher oder gerichtlicher Anordnung zur Weitergabe verpflichtet ist. In diesem Fall hat die Gesellschaft die VBL, soweit zulässig, über die beabsichtigte Weitergabe vorab schriftlich zu informieren und die gesetzlich zulässigen und erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um den Umfang der Weitergabe so gering wie möglich zu halten.

(8) Bei Nichtzustandekommen des Hauptvertrages oder dessen Beendigung hat die Gesellschaft sämtliche in ihren Besitz gelangten vertraulichen Informationen in Bezug auf die VBL einschließlich etwaiger Vervielfältigungsstücke auf Aufforderung der VBL, spätestens jedoch einen Monat nach Vertragsende zurückzugeben, zu vernichten oder zu löschen. Die Löschung oder Vernichtung ist von der Gesellschaft zu dokumentieren und der VBL nachzuweisen. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht.

### **4 Verletzung der Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung.**

Für jeden Fall der Verletzung einer Verpflichtung aus dieser Vereinbarung durch die Gesellschaft – auch durch ehemalige oder im Rahmen dieser Vereinbarung tätig werdenden Beschäftigten – ArbeitnehmerInnen, Angestellte, BeraterInnen, Unterauftragnehmer oder Dritte, die ihre Kenntnis von vertraulichen Informationen von der Gesellschaft ableiten, verpflichtet sich diese zur Zahlung einer Vertragsstrafe von 20.000 Euro an die VBL. Diese wird auf etwaige Schäden, die der VBL als Folge der Verletzung entstehen, angerechnet.

### **5 Beginn und Dauer der Verpflichtung.**

Die Verpflichtung beginnt mit der Unterzeichnung und besteht unbegrenzt fort.

### **6 Schlussbestimmungen.**

- (1) Die vorliegende Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Ausschließlich zuständig für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsvereinbarung sind die Gerichte am Sitz der VBL in Karlsruhe.
- (3) Sollten eine oder mehrere Vorschriften dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit oder die Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung hiervon nicht berührt. Die Gesellschaft und die VBL verpflichten sich, jede unwirksame oder nicht durchsetzbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchsetzbare zu ersetzen, die dem Zweck der zu ersetzenden Bestimmung am nächsten kommt. Gleiches gilt für den Fall einer Regelungslücke.
- (4) Sämtliche Änderungen oder Ergänzungen dieser Verpflichtung bedürfen der Schriftform, sofern nicht gesetzlich strengere Formvorschriften zu beachten sind. Gleiches gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.